

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuss**

57. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. November 2003, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Helmut Jacobs (SPD)

Stellv. Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

i.V. von Sandra Redmann

Ursula Sassen (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
1. <b>Bericht der Landesregierung über den Beschluss des Kabinetts zur Verwaltungsstrukturreform</b>	<b>4</b>
2. <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/3011	<b>5</b>
3. <b>Informationsreise</b>	<b>7</b>
4. <b>Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung über den Beschluss des Kabinetts zur Verwaltungsstrukturreform**

Abg. Todsens-Reese legt dar, M Müller habe im Arbeitskreis der Fraktion der CDU über die Thematik berichtet; dabei sei eine Reihe von Fragen geklärt worden. Sie betont, sie halte das Verfahren der Zerschlagung der ALW vor einigen Jahren und der nun gewählten zentralistischen Ausrichtung nicht für den richtigen Weg.

Abg. Hildebrand weist darauf hin, dass die Reform unter den Stichworten der Effizienzsteigerung und der Kostenminimierung stehe. Hierzu bittet er um Modellrechnungen.

M Müller sagt zu, diese dem Ausschuss zukommen zu lassen, sobald eine Entscheidung auch über die Kommunalisierung von Aufgaben getroffen sei. Dieser Prozess solle bis Ende März 2004 abgeschlossen sein. Aber auch unabhängig von der Kommunalisierung von Aufgaben werde es durch die Schaffung eines Amtes für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft bei Auflösung der Ämter für ländliche Räume und der Staatlichen Umweltämter zu Einsparungen kommen.

Auf eine Frage des Abg. Malerius antwortet M Müller, voraussichtlich werde es an mehreren Standorten Service für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft geben, sodass dort Anträge auf Förderung abgegeben werden könnten.

Auf eine Frage des Abg. Harms führt M Müller aus, nach den gegenwärtig vorliegenden Planungen wechselten von Husum 30 Mitarbeiter aus dem Bereich Landwirtschaft und fünf Mitarbeiter aus dem Bereich Pflanzenschutz nach Schleswig. In Flensburg seien 25 Mitarbeiter des Bereiches Landwirtschaft und fünf des Bereiches Pflanzenschutz und in Heide 20 des Bereiches Landwirtschaft und drei des Bereiches Pflanzenschutz betroffen. Angestrebt werde eine möglichst sozial verträgliche Lösung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3011

(überwiesen am 12. November 2003 an den **Umweltausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/4004

Abg. Todsens-Reese führt aus, Ziel des Gesetzentwurfs sei, einen Fehler im bestehenden Gesetz zu beseitigen. Gleichzeitig habe ihre Fraktion den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages gebeten, einen Formulierungsvorschlag zu unterbreiten. Diesen stelle sie dem Ausschuss mit Umdruck 15/4004 zur Verfügung. Sie rege an, eine schriftliche Anhörung der kommunalen Landesverbände, der Notarkammer und des Verbandes Haus & Grund durchzuführen.

Abg. Nabel verweist auf die Kurzfristigkeit der Vorlage des Formulierungsvorschlages des Wissenschaftlichen Dienstes im Rahmen dieser Sitzung und bittet um Zurückstellung der Beratung.

Auf eine Frage des Abg. Hildebrand antwortet Abg. Nabel, grundsätzlich halte seine Fraktion die generelle Verzichtserklärung durch das LANU für ausreichend. Dessen ungeachtet halte er es für recht und billig, den vorgelegten Formulierungsvorschlag zu prüfen.

Abg. Todsens-Reese betont die Eilbedürftigkeit des Gesetzesvorhabens.

Abg. Matthiessen dagegen sieht keine Eilbedürftigkeit.

Abg. Sassen bittet darum, im beteiligten Innen- und Rechtsausschuss die juristische Relevanz der Verzichtserklärung zu überprüfen.

Abg. Hildebrand erklärt, eine derartige Verzichtserklärung könne jederzeit widerrufen werden. Insofern lege seine Fraktion Wert darauf, eine gesetzliche Regelung zu treffen. - Abg. Todsens-Reese schließt sich dem an.

Auch Abg. Puls und Abg. Dr. von Hielmcrone sehen keine Eilbedürftigkeit. Abg. Dr. von Hielmcrone fügt hinzu, persönlich tendiere er für eine gesetzliche Regelung.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP beschließt der Ausschuss, die Beratung des Gesetzentwurfs zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Informationsreise**

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Sprechern der Fraktionen, zu bilden, die mit der Vorbereitung der Reise beauftragt wird.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Helmut Jacobs  
Stellv. Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin